Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 48 (1954)

Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : keine Koexistenz ; Nur "Bombe mit Zeitzünder" ; Notwendige Vorbedingungen ; Westdeutsches Schwanken ; Wiederaufrichtung Frankreichs? ; Afrika und Mittelosten ; Das Ringen in Ostasien ; Kriegsherd Formosa

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139952

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Keine Koexistenz Wieder geht ein Jahr zu Ende, ohne daß der gefürchtete neue Weltkrieg ausgebrochen wäre. Im Gefolge der Genfer Ostasienkonferenz schien es sogar zu einer wirklichen Entspannung zwischen West- und Ostblock kommen zu wollen, und namentlich im Herbst sprach man soviel von der notwendigen und möglichen «*Koexistenz*» der beiden Lager, daß man fast Angst bekommen mußte, der ganze so große und lebenswichtige Gedanke werde wieder einfach zerredet. Wenn Christen und Mohammedaner, Protestanten und Katholiken gelernt haben, in Frieden nebeneinander zu leben – so sagte sich alle Welt –, warum sollten das nicht auch Kommunisten und Nichtkommunisten lernen können? Seit es Atom- und Wasserstoffbomben gibt, kann ja doch keine Seite mehr auf so etwas wie einen militärischen Sieg zählen, und die radioaktiven Stoffe, die durch einen Atomkrieg freigesetzt würden, müßten sicher die Luft auf unabsehbare Jahrhunderte hinaus derart vergiften, daß menschliches und tierisches, ja auch pflanzliches Leben in weiten Gebieten der Erde unmöglich würde.

So wahr das sein mag – die Einsicht in die unausweichliche Notwendigkeit der Koexistenz, des *friedlichen* Wettbewerbes aller Wirtschaftssysteme und Gesellschaftsordnungen, insbesondere von Kommunismus und Kapitalismus, ist an den Orten, auf die es vor allem ankommt, noch lange nicht durchgedrungen. Noch immer gibt man im Westen vor, die unermüdlich von den kommunistischen Staaten aus verbreitete Losung von der Koexistenz sei nur ein listiges Mittel, um die Abwehrbereitschaft der «freien Welt» zu schwächen und durch kriegerische Eroberung die Vorherrschaft des Kommunismus aufzurichten. Allein, wenn etwas sicher ist, so die Tatsache, daß die Völker und Regierungen der Oststaaten nichts *mehr* fürchten als einen neuen Krieg, der ja das ganze ungeheure Um- und Aufbauwerk, in dem sie begriffen sind, wieder zerstören und den Kommunismus mitsamt dem Kapitalismus verschlingen müßte. Kein Lenin-Zitat aus der voratomischen Zeit über den unvermeidlichen Zusammenstoß der sozialistischen und der kapitalistischen Welt, keine Denunziation der teuflischen Bösartigkeit des Kommunismus kann diese Tatsache aus der Welt schaffen*.

* Sie wird jetzt auch von Lord Listowel bestätigt, einem Mitglied der Delegation britischer Parlamentarier, die diesen Herbst in der Sowjetunion weilte. Im (sehr weit rechts stehenden) «Socialist Commentary» (Dezemberheft) spricht er von den Fortschritten der Sowjetwirtschaft und fährt dann fort: «Eines ist sicher: Es wird viele Jahre brauchen, bis die von der Regierung gewünschte Produktionshöhe erreicht ist. Der allerschlimmste Rückschlag, der hier möglich wäre, würde ein neuer Krieg sein. Das Entsetzen vor einem Krieg, auf das man überall in Rußland trifft, ist teils eine natürliche Vorwegnahme seiner Folgen, teils aber ein Ausdruck der unauslöschlichen Erinnerung an die Leiden, die der deutsche Einbruch bewirkte. Keine Politik genießt

Wenn man aber im Westen fürchtet, ohne starke militärische und wirtschaftliche Dämme gegen die rote Flut entstehe namentlich in Europa ein Vakuum, ein politischer Leerraum, in den der Kommunismus mit fast naturgesetzlicher Schwerkraft einströmen werde, so gibt man damit nur zu, daß man sich der geistigen und sozialen Dynamik des Kommunismus – seiner eigentlichen Stärke – nicht gewachsen fühlt und zu Abwehrmitteln seine Zuflucht nehmen muß, die auf die Länge jammervoll versagen würden.

Denn das ist ja doch – wie man immer wieder sagen muß – der Leitgedanke der westmächtlichen, besonders der amerikanischen Weltpolitik: den Oststaaten noch so rechtzeitig einen tödlichen Schlag zu versetzen, daß weder von einem militärischen noch von einem ideologischen Angriff des Kommunismus auf das christliche Abendland irgendwelche Gefahr mehr drohen könne. «Zurückdrängung» («containment») des Sowjetblockes genüge schon lange nicht mehr; nur seine Zerschlagung und die Befreiung der in ihn eingeschlossenen Völker könne noch Rettung bringen – wenn es nicht auch dazu bereits zu spät sei. Wie James Burnham, ein Hauptverfechter dieser These, gesagt hat:

«Wenn es den Kommunisten gelingt, zu befestigen, was sie *bereits* erobert haben, dann ist ihr vollständiger Weltsieg gewiß. Die Drohung geht nicht bloß davon aus, was die Kommunisten etwa tun mögen, sondern davon, was sie schon getan haben. Wir brauchen gar nicht erst über die sowjetischen ‚Absichten' zu spekulieren. Tatsache ist einfach, daß, wenn die Lage so bleibt, wie sie jetzt ist, wenn sie sich vorerst auch nur stabilisiert, wir schon verloren haben. Die Eindämmungspolitik, auch wenn sie hundertprozentig Erfolg hätte, ist darum nur eine Formel für den Sieg der Sowjets.»

Man weiß, daß die Regierung Eisenhower-Dulles, über Truman hinausgehend, grundsätzlich dieser Auffassung beipflichtet. Erst letzthin – in seiner Chicagoer Rede vom 29. November – sprach Staatssekretär Dulles wieder von der unbedingten Notwendigkeit einer *«Befreiung der versklavten Völker»*, zu denen er die Bewohner des ganzen Erdraumes von der Elbe bis zum Gelben Meer rechnet. Befreiung, so bemerkte er, komme zwar normalerweise nicht von außen, sondern von innen her, aber sie könne von außen her doch gefördert werden, und das könne auf verschiedene Arten geschehen. (Zum Beispiel, so fügen wir bei, durch Entfesselung von Aufständen wie die ostdeutsche Revolte vom Juni 1953 und dann natürlich durch ständig gesteigerten Druck auf die «Sklavenhalter».) Auf keinen Fall dürfe jedoch an künftigen Konferenzen mit der

---

echtere Volkstümlichkeit als diejenige der ‚friedlichen Koexistenz'. Wir fragten Malenkow, wie lange diese Politik anhalten würde. Er antwortete, daß die ‚friedliche Koexistenz' kapitalistischer und sozialistischer Länder eine langfristige Politik und die einzige Wahlmöglichkeit außer dem Krieg sei. Der Sozialismus, so glauben sie, habe Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus, die durch einen ‚friedlichen Wettbewerb' bewiesen würden. Mit anderen Worten: Man könne sich darauf verlassen, daß die Geschichte zum Kommunismus führe, ohne daß ein Weltkrieg notwendig werde. Die kommunistische Ideologie und die nationale Politik sind somit ausgesöhnt.»

Sowjetunion ein Handel abgeschlossen werden, «durch den die Versklavung der Völker hinter dem Eisernen Vorhang verewigt würde» (Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung»). Also: Keine Anerkennung der Existenz der kommunistischen Welt in ihrem heutigen Umfang, sondern Zurückwerfung derselben auf den kleinstmöglichen Raum, ja völliger Sturz des kommunistischen Regimes durch Befreiung der von ihm geknechteten Völker und damit Zerschlagung des kommunistischen Weltblocks – das ist und bleibt das große Ziel der amerikanischen Außenpolitik. Nicht Koexistenz mit dem Kommunismus, sondern Herbeiführung seiner *Nichtexistenz!* Ähnliche Töne schlug auch Adlai Stevenson an, der demokratische Gegenkandidat Eisenhowers bei der letzten Präsidentschaftswahl. Koexistenz, so sagte er am 17. Oktober, sei zwar nicht zu vermeiden, aber – so fügte er sofort vielsagend bei –: «Koexistenz mit unseren gemeinschädlichen, angriffslustigen und hinterlistigen Nachbarn kann niemals friedlich sein.» Äußerste Kraftentfaltung sei nötig in der Auseinandersetzung «mit bösartigen Nachbarn, die ohne Unterlaß und unermüdlich vorstoßen, wo immer sie Schwäche oder Verwundbarkeit wittern».

Schon die bloße Existenz und die innere Festigung der kommunistischen Reiche – des Sowjetblockes und der Chinesischen Volksrepublik –, noch ganz abgesehen von aller Ausdehnungstendenz, beunruhigt den Westen aufs tiefste. «Gerade diese Aussicht auf eine lange Periode innerer Befestigung und Reifung der beiden kommunistischen Riesenstaaten», so schreibt Professor D. F. Fleming von der Staatsuniversität Utah in der «Nation» (27. November),

«ist für viele von uns unerträglich, besonders für diejenigen, die gefühlsmäßig stark mit China verbunden sind. Erbitterung über die Demütigungen, die wir in Korea und Indochina erfahren haben, verbindet sich mit Furcht vor der künftigen Machtstellung des Kommunismus, um in vielen Amerikanern die Entschlossenheit zu wecken, niemals Peking anzuerkennen und zu fordern, daß wir die Beziehungen mit Rußland abbrechen, bevor wir gezwungen seien, auf dem Verhandlungswege zu einer Regelung über das deutsche und das Formosa-Problem zu kommen.»

Nur „Bombe mit Zeitzünder" Diese ganze Denkweise steht – wenngleich nicht immer folgerichtig bis zum katastrophalen Schluß entwickelt – auch hinter den in die Berichtszeit fallenden Äußerungen der westmächtlichen Europapolitik. Insbesondere die Antwort der Westmächte (vom 29. November) auf die beiden letzten Sowjetnoten lehnt jedes Eintreten auf eine Gewährleistung der Sicherheit und Existenz der europäischen Staaten durch gemeinsame Friedenswahrung entschieden ab – eben weil dadurch im Sinne von Dulles «die Versklavung der Völker hinter dem Eisernen Vorhang verewigt würde». Statt dessen wiederholt sie die alte Forderung auf freie Wahlen in Ostdeutschland als «erste, unbedingt notwendige Etappe» auf dem Wege der Wiedervereinigung Deutschlands und die Räumung Österreichs durch die Sowjettruppen. An der Inkraftsetzung der *Wiederauf-*

rüstung Westdeutschlands wird unbedingt festgehalten; erst nachher könne an eine Konferenz mit der Sowjetunion gedacht werden. Also immer wieder: «Verhandlungen nur auf Grund einer genügenden Machtstellung des Westens.» Auch Mendès-France ist bei seinem Besuch in Washington vorbehaltlos auf diese Linie eingeschwenkt, höchlich belobt und gefeiert vom offiziellen Amerika. Daß Churchill trotz seiner Anfälle von Koexistenz-Manie die «Politik der Stärke» fortgeführt haben will, versteht sich von selber. Es war kaum noch nötig, daß er sich anläßlich seines 80. Geburtstages rühmte, schon vor Ende des Zweiten Weltkrieges die Wiederbewaffnung Deutschlands zum gemeinsamen Kampf gegen die Russen ins Auge gefaßt zu haben, falls diese etwa über die mit ihnen vereinbarte Linie hinaus nach Westen vordringen sollten (wozu die Russen keinerlei Neigung bewiesen); es war einfach der alte Kommunistenkomplex des einstigen Mitorganisators der Interventionskriege gegen das neue Rußland, der sich hier wieder geltend machte. Und man sah ein weiteres Mal, daß es nicht eine plötzliche Schwenkung der Sowjetpolitik von der Verteidigung zum Angriff war, was angeblich die «Eindämmungsstrategie» der Westmächte nötig gemacht hat, sondern nur der Wille, die gegenrevolutionäre, sowjetfeindliche Politik des Westens aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wieder aufzunehmen, die durch Hitlers Unverstand so ärgerlich unterbrochen worden war ...

Natürlich erwarteten die Westmächte selber nicht, daß Moskau nun die Kapitulation in der Deutschlandfrage annehmen würde, die ihre Antwortnote ihm freundlich zumutete. Man war darum auch gar nicht überrascht, daß die Sowjetregierung die von ihr vorgeschlagene «Sicherheitskonferenz» nur mit den osteuropäischen Volksrepubliken zusammen in Moskau abhielt und eine Schlußerklärung annehmen ließ, die eine straffere Zusammenfassung der Streitkräfte des Sowjetblockes sowie deren weiteren Ausbau in Aussicht stellte, falls die Wiederbewaffnung Westdeutschlands endgültig zur Tatsache werde. Man fand im Westen sogar, das sei eigentlich ein sehr matter Gegenzug des Ostens, der im Grunde gar nichts Neues schaffe – was ja soweit auch richtig ist und nur beweist, daß sich die Oststaaten nicht zu einer Verschärfung des Wettrüstens herausfordern zu lassen gewillt sind, solange noch irgendeine Möglichkeit besteht, doch zu einer Koexistenz zu kommen, die diesen Namen einigermaßen verdient.

Besteht eine solche Möglichkeit aber wirklich – trotz der «ehernen Entschlossenheit» des Westens, die Deutsche Bundesrepublik wieder aufzurüsten und sie, in Erfüllung von Churchills Traum, für die «Verteidigung des Abendlandes gegen die bolschewistische Drohung» zu mobilisieren? Es sieht gar nicht darnach aus. Die Westmächte nehmen es ganz kühl zur Kenntnis, daß als Folge ihrer «Integrationspolitik», die Westdeutschland zum vollberechtigten Glied des atlantischen Militärbündnisses macht, *Deutschland auf alle absehbare Zeit geteilt bleibt* und damit auch der Riß, der durch Europa als Ganzes geht, nicht geheilt werden

kann. Ja, alles spricht dafür, daß sie dieses Ergebnis längst vorausgesehen und es ganz bewußt herbeigeführt haben. Frankreich wie England glaubten, keinerlei Interesse an einem wiedervereinigten, neu erstarkten Deutschland zu haben, das ihnen politisch und wirtschaftlich gefährlich werden könnte; Amerika aber wußte, daß es an einem wiederaufgerüsteten und materiell von ihm abhängigen Westdeutschland eine viel bessere Stütze in seinem Kampf gegen den Osten haben würde als an einem Gesamtdeutschland, das auch ein starkes kommunistisches oder mindestens sozialistisches Element in seinen östlichen Gliedstaaten einschlösse. Und die regierenden Parteien und Kräfte Westdeutschlands wissen genau, daß es mit ihrer Herrschaft bald zu Ende sein würde, wenn die sozialdemokratische Opposition – so schwächlich sie sein mag – vom Osten her entscheidenden Zuzug bekäme*. So war es seit Jahren schon jedermann klar, daß der Anschluß der Bundesrepublik an den Westblock das sicherste Mittel sein würde, die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich zu machen.

Ist es darum zu verwundern, daß man sowohl in London und Paris wie in Bonn und Washington das unvermeidliche Ergebnis der Anschluß- und Wiederaufrüstungspolitik – die Verhärtung der deutschen Spaltung – mit großer Gelassenheit ins Auge faßt?

Was den Westmächten jetzt zu tun übrig bleibt, wenn sie nicht sofort eine Verschärfung des Kalten Krieges mit der Aussicht auf seinen Übergang in den Heißen Krieg riskieren wollen, das ist höchstens eine *Reglementierung des Wettrüstens* und eine gewisse *Abgrenzung der beidseitigen Einflußzonen*, wobei sich West und Ost bis an die Zähne bewaffnet, aber doch vorerst Gewehr bei Fuß gegenüberstehen würden, mit äußerstem Mißtrauen jede Seite die andere belauernd und die weitere Entwicklung der Dinge abwartend. Aber das ist dann selbstverständlich keine friedliche Koexistenz mehr; es ist, wie Pfarrer Grueber in der westdeutschen «Stimme der Gemeinde» (1. Dezember) zutreffend sagt, nur eine «Bombe mit Zeitzünder». «Eine echte Koexistenz in der Welt», so stellt er fest,

«ist nicht möglich ..., wenn man Deutschland zum politischen und militärischen Glacis von zwei verschiedenen Mächtegruppen macht und die beiden Teile weiterhin ideologisch und militärisch aufrüstet ... Westintegration auf der einen Seite hat eine stetige und ständige Ostintegration auf der anderen Seite zur Folge. Westaufrüstung wird zur

* Schon am 30. März 1952 schrieb die «New York Times»: «Sowohl die Westmächte wie der Bundeskanzler sind in der schwierigen Lage, in Worten die deutsche Einheit zu preisen, während sie gleichzeitig Tag und Nacht daran arbeiten, die Eingliederung Westdeutschlands in Westeuropa durchzuführen, die alle Hoffnungen auf eine friedliche Einigung Deutschlands begraben wird.» Und am Tage der Ankunft Adenauers in Washington, am 26. Oktober dieses Jahres, bemerkte das gleiche Blatt: «Er (Adenauer) hat freiwillig der *europäischen* Einigung den Vorrang gegenüber der Einigung seines Vaterlandes gegeben in der Überzeugung, daß damit den Interessen seines Landes am besten gedient sei. In dieser Ansicht stimmt er ganz mit den Vereinigten Staaten überein.»

Ostaufrüstung führen und ein Wettrüsten nach sich ziehen ... und zu einer endlichen Explosion und Katastrophe führen. Alles Reden von Koexistenz in weiter Welt ohne Schaffung einer Möglichkeit, die vielen Menschen im deutschen Raum friedlich miteinander leben zu lassen, ist Lüge. Alles Reden über Weltabrüstung unter gleichzeitiger Aufrüstung der deutschen Gebietsteile ist Lüge.»

Notwendige Vorbedingungen Man scheint sich zwar teilweise im Westen – und vorab in Frankreich, in der Umgebung von Ministerpräsident Mendès-France – der Hoffnung hinzugeben, daß eine solche *falsche* Koexistenz mit Zeit und Geduld dennoch zu einem friedlichen Neben- und Miteinanderleben der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt führen könne. Und die Oststaaten sind ja gleichfalls sichtlich beflissen, die Türe zu Ausgleichsverhandlungen mit dem Westen offen zu halten wie auch überhaupt eine Atmosphäre zu schaffen, in der ein vernünftiges Miteinanderreden möglich wäre. Hierher gehört auch die endliche Freilassung der Brüder Hermann und Noel *Field* durch die Regierungen der Tschechoslowakei beziehungsweise Ungarns und der amtliche Widerruf der gegen sie erhobenen Spionageanklage. Ein weiteres Mal rücken so die gegenwärtigen Machthaber der Oststaaten von jenen auf Unwahrheit (oder nur Halbwahrheiten) gegründeten Hochverratsprozessen ab, die uns seit Jahrzehnten immer wieder empört haben und gegen die unsere Stimme zu erheben wir stets als unsere Gewissenspflicht erachtet haben. Und es trifft sich merkwürdig, daß gerade in diesem Augenblick auch Andrej Wyschinski aus dem irdischen Leben abberufen wurde, der so entsetzlich erfolgreiche Staatsanwalt der Säuberungsprozesse der dreißiger Jahre in der Sowjetunion, denen so viele Unschuldige zum Opfer gefallen sind – neben den Schuldigen, die wirklich, bis zu den Spitzen der Staats- und Armeeführung hinauf, mit Hitlerdeutschland gegen ihr eigenes Land konspiriert haben mochten.

Der gute Wille Moskaus, nicht mit unwiderruflichen Gegenmaßnahmen auf die Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu antworten, solange nicht auch im Westen Unwiderrufliches geschehen sei, ist sicher nicht zu verkennen. Und zwischen der Ratifikation der Pariser Verträge und ihrer Ausführung liegt ja auch immer noch eine Galgenfrist, die zum Guten ausgenützt werden kann. Aber *wenn* einmal die Maschinerie für die Wiederherstellung der westdeutschen Wehrmacht in Gang gesetzt ist – und die Deutschen werden leidenschaftlich auf ihrem «Recht» beharren –, dann wird es eben doch schwer sein, die Länder des Sowjetblockes von einer vermeintlichen Gegenwehr abzuhalten. In Ostdeutschland trifft man schon jetzt die Vorbereitungen dazu. Und dann noch die beidseitigen Rüstungen zu begrenzen und darüber hinaus in ein anständiges Verhältnis zueinander zu kommen (zum Beispiel durch geregelte Wirtschaftsbeziehungen und besseres Sichkennenlernen), das scheint fast so utopisch wie die berühmte «Humanisierung des Krieges». Die «Re-

alisten», die trotz der Versteinerung der Grenzen zwischen den beiden Deutschland eine allmähliche Entspannung im Verhältnis zwischen Ost und West für möglich halten, werden zu spät sehen, wie sehr sie sich täuschten. Über ihre Unlogik wird die unerbittliche Logik derer siegen, die zielbewußt auf die große Kraftprobe mit dem kommunistischen «Erzfeind» hinarbeiten.

Soll es nicht soweit kommen, dann muß der Konsequenz des Bösen eine noch viel entschlossenere Konsequenz des Guten entgegengesetzt werden. Dann muß auf seiten des Westens vor allem die unerläßliche Vorbedingung jeder wirklichen Koexistenz erfüllt werden: die *Anerkennung der Existenz der kommunistischen Welt* als einer vorläufig nicht mehr zu ändernden Tatsache – einer Tatsache, an deren Entstehung der «demokratische» und «christliche» Westen mit seinem völligen Versagen gegenüber der sozialen Frage der unterentwickelten Rassen und der Freiheitsbewegung der unterdrückten Kolonialvölker selber schuld ist. Die kindische und doch so ungeheuer populäre Vorstellung von der bösartigen kommunistischen Weltverschwörung wird der Untersuchung der Frage weichen müssen, *warum* der Kommunismus aufkommen und solche Anziehungskraft auf ganze Nationen und Klassen ausüben konnte und weiter kann. Die Verketzerung und Heruntermachung der kommunistischen Staaten, die gänzliche Verzerrung des Bildes, das sie tatsächlich darbieten, und die geflissentliche Aufsuchung und Hervorkehrung der negativen Seiten des kommunistischen Regimes (man lese etwa die Rußlandschilderungen eines unreifen Jünglings, denen die gesamte sozialdemokratische Presse der Schweiz wochenlang ihre Spalten geöffnet hat) – all das wird einer sachlichen, gerechten und wohlwollenden Würdigung der *positiven* Leistungen der jungen Ostländer, von Ostdeutschland bis China, Platz machen müssen. Und nicht zuletzt wird einmal mit jener lügenhaften Propaganda aufgeräumt werden müssen, die die westliche Welt mit dem Schreckbild einer kommunistischen Invasion aufreizt und zu immer höher gesteigerten Kriegsrüstungen treibt. Das betont auch Professor Fleming in seinem bereits erwähnten Aufsatz. «Die Behauptung, die Roten gingen auf Welteroberung aus», so schreibt er, «ist so oft in unsere Ohren gebrüllt worden, daß es niemandem auch nur im Traum einfällt, sie in Frage zu stellen. Und doch müssen wir jetzt einmal nach den Beweisen fragen und etwas Besseres verlangen als ein Zitat aus Marx oder Lenin, denn gerade auf diesem Dogma von den Absichten der Sowjets ruht ja die Forderung dauernder Feindseligkeit und eines Präventivkrieges.» Wie auch, so sei beigefügt, die Agitation für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und den Ausbau der militärischen Machtstellung des Westblockes, mit deren Hilfe der Kommunismus zurückgeworfen und unschädlich gemacht werden könne. Und selbstverständlich bedarf die politische Demokratie, die jetzt im Kampf gegen den Kommunismus mehr und mehr ausgehöhlt wird, einer neuen Grundlegung und Festigung, wenn sie dem Anprall totalitär-diktatorischer Mächte auf die

Länge soll standhalten können – einer Neubegründung, die nur auf dem Boden einer radikalen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnungen möglich sein wird, in den Ländern des kapitalistischen Westens wie in denen des feudalistischen Ostens.

Ohne die Erfüllung dieser Bedingungen einen friedlichen Wettbewerb mit der Stoßkraft des Weltkommunismus zu riskieren, wäre freilich unsinnig. Aber noch unsinniger ist es, sie *nicht* – oder nur ungenügend – zu erfüllen und dem Kommunismus auf dem *Machtweg* beikommen zu wollen. Und vollends töricht handeln die bequemen Halb-und-Halbmenschen, die beide Wege zugleich gehen wollen; sie betrügen sich nur selbst, wenn sie nicht sehen wollen, daß der Weg zu einer wirklichen fruchtbaren Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in dem Maße versperrt wird, in dem das Kräftemessen auf das militärische Gebiet verschoben wird.

Westdeutsches Schwanken Zu diesen schwankenden Gestalten, die auf beiden Achseln Wasser tragen möchten, gehören namentlich auch die westdeutschen Sozialdemokraten (wie im Gesamtdurchschnitt die europäischen Sozialdemokraten überhaupt). Ihr Nationalismus und Antikommunismus zieht sie ausgesprochen auf die amerikanisch-westmächtliche Seite – und doch sehen sie ein, daß der Anschluß der Bonner Republik an den Westblock die deutsche Einigung, die ihnen ehrlich am Herzen liegt, völlig unmöglich macht. Wenn sie trotz dieser inneren Gebrochenheit bei den jüngsten Wahlen zu den Länderparlamenten stimmenmäßig gut abgeschnitten haben, so zeigt das nur, wie stark im westdeutschen Volke selbst der Widerstand gegen Aufrüstung und aggressive Ostpolitik ist. Schon bei den Wahlen im Rheinland und in Schleswig-Holstein hat die Sozialdemokratie gegenüber den Bundestagswahlen vom 6. September 1953 rund zehn Prozent Stimmen gewonnen. Und nun hat sie, im Kampf gegen die mächtige Regierungspropaganda, gegen alle kapitalistischen Kräfte und gegen den Einfluß der katholischen Kirche, auch in Bayern um 4,5 und in Hessen um 9 Prozent zugenommen, während die sich «christlich-demokratisch» oder «christlich-sozial» nennende Partei Adenauers um 10, beziehungsweise 5,4 Prozent abgenommen hat. In Westberlin hat die Sozialdemokratie sogar knapp die absolute Mehrheit der Sitze erlangt.

Bei der unverändert gebliebenen Zusammensetzung des Bundesparlamentes ist die Ratifikation der Pariser Verträge in Bonn trotzdem nicht gefährdet; aber daß die Bonner Parlamentsmehrheit der Volksmehrheit weniger als je entspricht, darüber kann dennoch kein Zweifel herrschen. Und die Schwierigkeiten, auf die Adenauer stieß, um im Bundestag als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Ehlers seinen Vertrauensmann Gerstenmaier (wieder einen Oberkirchenrat!) wählen zu lassen, beweisen, daß der «gußeiserne Kanzler» in seiner eigenen Partei mit seiner

Außenpolitik auf ernsten Widerstand stößt. Freilich nur bei geheimer Abstimmung; wenn es gilt, offen Farbe zu bekennen, dann zeigt eben der Normaldeutsche immer wieder eine seiner Haupteigenschaften: den Mangel an Zivilcourage. Dazu kommt dann besonders noch die unheilvolle Zersplitterung der Oppositionskräfte im Kampf gegen die Politik der Aufrüstung und der Teilung Deutschlands. Fänden sich die Gegner dieses Kurses in einer Einheitsfront zu gemeinsamer Aktion zusammen – die Macht Adenauers und seiner Leute wäre bald gebrochen, und die Annahme der Pariser Verträge durch den Bundestag könnte verhindert werden!

Die realen Grundlagen des gegenwärtigen Regimes sind ohnehin alles andere als sicher. Wohl herrscht in Westdeutschland wirtschaftliche Hochkonjunktur. Aber das Verdienst der Regierung an diesem «Wirtschaftswunder» ist viel geringer als sie glauben machen will. Die Neuyorker «Monthly Review» macht mit Recht darauf aufmerksam, daß die berühmte Währungsreform von 1948 kein wirksameres Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft gewesen sei als irgendeine ähnliche Roßkur in einem anderen Lande und daß die Wirtschaftspolitik der Regierung Adenauer im besten Fall kein unüberwindliches Hindernis für die normale Ausdehnung der Produktion dargestellt habe. Die Produktionskraft Westdeutschlands war eben am Ende des letzten Krieges bereits erheblich größer als an seinem Beginn, und es waren nur besondere, einmalige Umstände, die ihre volle Ausnützung möglich gemacht haben: die amerikanische Finanzhilfe, die Befriedigung des durch den Krieg entstandenen Nachholbedarfes, die ebenfalls dem Krieg zu verdankende Baukonjunktur, die Wiederaufnahme des westdeutschen Exportes, der durch den Koreakrieg noch einen weiteren Aufschwung erfuhr, und so weiter.

Auf dieser Grundlage schwang sich die alte bürgerlich-kapitalistische Herrenklasse erneut zur Macht empor und besetzte die Schlüsselstellungen in Politik, Regierung und Verwaltung, ohne es nötig zu haben, wieder eine eigentlich nazistische Bewegung großzuziehen. Aber der ganze Neuaufstieg des westdeutschen Kapitalismus vollzog sich eben wiederum auf Kosten der breiten Masse des lohnarbeitenden Volkes, das geduldig und fleißig stillehielt, sich erstaunlich niedrige Löhne gefallen ließ und eine Arbeitslosigkeit in Kauf nahm, die nie unter sechs Prozent der verfügbaren Zahl der Arbeitskräfte fiel – alles, um Deutschland wieder in den Sattel heben zu helfen. Nur scheint es jetzt mit dieser Untertanenseligkeit zu Ende zu gehen. Die großen Streikbewegungen dieses Jahres deuten darauf hin, daß die westdeutsche Arbeiterschaft ihre Kampfkraft und ihr Klassenbewußtsein wiederzufinden im Begriffe steht, und der sozusagen geschlossene Widerstand der Gewerkschaften gegen die Aufrüstung, dem sich die Sozialdemokratische Partei mehr oder weniger anschließen muß, zeigt, daß sich der Wirtschaftskampf auch auf rein politischem Boden fortsetzt. Es darf nur ein Rückschlag der Wirtschaftskonjunktur kommen, und das ganze Gebäude der Bonner «Demokratie» ge-

rät ins Wanken. Die Umstände, die die Hochkonjunktur ermöglicht haben, werden ja nicht ewig dauern; die westdeutsche Industrieausfuhr im besonderen, die zurzeit um fast eine Milliarde Mark höher ist als die Einfuhr, steht auf ziemlich schwachen Füßen (wer nicht kaufen will, kann auch nicht verkaufen!), und auch die amerikanische Hilfe dürfte allmählich verringert oder ganz eingestellt werden.

So ist die von der Wiederaufrüstung erwartete Neubelebung der Wirtschaft jetzt die Haupthoffnung der herrschenden Klasse in Westdeutschland. Ihre Macht wird dadurch zweifellos auch politisch gestärkt werden; alle konservativen und reaktionär-nationalistischen Kräfte werden selbstsicherer und mächtiger, alle fortschrittlichen und sozialistischen Kräfte aber schwächer werden. Und das im Zeichen der Verteidigung der Demokratie und des Friedens gegen Diktatur und Kriegsdrohung! Wahrlich, es ist schwer, keine Satire zu schreiben!

Wiederaufrichtung Frankreichs! In Frankreich ist die Lage kaum viel hoffnungsvoller als in Westdeutschland. Mendès-France wird zwar, trotz neuen Widerständen, auf die er trifft, in der Nationalversammlung seine Mehrheit für die Ratifizierung der Deutschlandverträge zusammenbekommen, dank namentlich auch der Hilfe der sogenannten Sozialisten. Aber die innere Wiederaufrichtung des Landes, der er sich nachher vor allem widmen will, ist eine mehr als zweifelhafte Sache. Die parlamentarische Basis der Regierung ist schmal und unsicher; die Sozialisten wollen, obschon ihnen Mendès-France verlockende Ministerangebote gemacht hat, das Kabinett nur auf Zusehen hin unterstützen, und auf der Rechten herrscht trotz den freundlichen Gebärden de Gaulles offene Feindseligkeit gegenüber dem Regierungschef, während die katholischen Volksrepublikaner noch nicht wissen, was sie wollen. Um aber eine Mehrheit der *Linken* um sich zu versammeln, die einen gründlichen Umbau des ganzen Wirtschafts- und Staatsgefüges durchzuführen hätte, dazu ist Mendès-France nicht der Mann. Er muß sich so darauf beschränken, auf dem Boden des herrschenden Systems gewisse Reformen anzustreben, die ihm besonders am Herzen liegen, ohne die durchgreifende Erneuerung des französischen Volkslebens fördern zu können oder nur zu wollen, die mit jedem Jahr dringlicher wird.

Die sozialen Zustände in Frankreich schreien ja wirklich zum Himmel. 1,2 Millionen Industrie- und eine halbe Million Landarbeiter stehen immer noch auf eigentlichen Elendslöhnen; in der Pariser Gegend ist trotz einer jüngsten Erhöhung der Mindestsätze der Stundenlohn für die unterste Arbeiterkategorie nicht über fFr. 121.50 (etwa Fr. 1.45 in Schweizer Währung) hinausgekommen. Die Wohnungsnot ist besonders in den großen Städten und den Industriebezirken ungeheuer, und soweit es Wohnungen gibt, sind sie vielfach schlecht imstande; in Paris zum

Beispiel sind 20 Prozent der Wohnungen ohne fließendes Wasser, 54 Prozent ohne eigenen Abort und 82 Prozent ohne Dusche oder Badzimmer, von den ländlichen Wohnungen mit ihrem meist völligen Mangel an modernen Einrichtungen nicht zu reden. Auch die soziale Fürsorge ist fast überall ganz schlecht entwickelt; es ereignen sich da fortwährend menschliche Tragödien, die einfach erschütternd sind und die das Volk revoltieren müßten, wenn sie nur einigermaßen bekannt würden.

Vielleicht der ärgste Feind Frankreichs ist aber der *Alkoholismus*. Eine Reihe von Untersuchungen, die auf Veranlassung der Regierung angestellt wurden und deren Ergebnisse kürzlich veröffentlicht worden sind, erhärtet diese Behauptung mit unanfechtbaren Feststellungen. Der Alkoholgenuß ist in Frankreich – wir folgen hier einer zusammenfassenden Schilderung, die Paul Johnson im «New Statesman» gibt – verbreiteter als in irgendeinem anderen Land, über das Angaben vorliegen, doppelt so stark wie im nächst-alkoholisierten Land (Italien), dreimal so stark wie in England. Der durchschnittliche Verbrauch von reinem Alkohol ist in Frankreich pro Kopf um über 20 Prozent höher, als nach sehr duldsamer Annahme für die Gesundheit noch erträglich ist. In Frankreich gehen 4,1 Prozent des Volkseinkommens in Alkohol auf (gegen 0,7 Prozent in England) und fast 9 Prozent des Lohneinkommens. 23 Prozent der Insassen der Irrenhäuser sind Alkoholiker, und ihre Zahl nimmt rasch zu, ebenso diejenige der Todesfälle als Folge von Alkoholismus.

Der Kampf gegen diese Volksseuche ist bisher so gut wie vergeblich gewesen. Die Alkoholinteressenten – Weinbauern, Rübenpflanzer, Schnapsbrenner (diese letzten umfassen drei Millionen Bauern), Bierbrauer, Weinhändler, Wirte usw. – üben eine gewaltige Macht im Land aus. 60 bis 70 Abgeordnete der Nationalversammlung sollen ihnen direkt hörig sein; mit ihrem Einfluß, der quer durch alle Parteien hindurchgeht, sind sie imstande, jede Regierung zu stürzen, die ihren Geschäften zu nahe tritt, ohne daß dieser Zusammenhang immer offen zutage liegen muß. Ministerpräsident Pinay wurde im Dezember 1952 gestürzt, *bevor* er seine Vorlage einbringen konnte, die die alkoholischen Getränke um 20 Prozent höher besteuern wollte. Und fünf Monate später fiel auch die Regierung René Mayer, *bevor* es zur Beratung der Gesetzgebung gegen den Alkoholismus kam. Wie wird es Mendès-France ergehen, der den Kampf mit dem Drachen nun ebenfalls aufgenommen hat? Die Volksmeinung steht eben dank einer überaus wirksamen Propaganda, der die Presse nicht entgegenzutreten wagt, hier keineswegs hinter ihm. Nach einer privaten Volksumfrage sind 88 Prozent der Franzosen der Überzeugung, daß Wein gesund sei und Kraft gebe; auf die Frage, wieviel Wein ein Handarbeiter ohne Schaden vertragen könne, schwankten die Antworten zwischen 1,75 und 3,5 Liter *pro Tag* . . . Man wird gut tun, den mehr im Hintergrund geführten Kampf der Alkoholinteressenten

immer sehr stark in Rechnung zu stellen, wenn man das politische Schicksal des «gefährlichen Neuerers und Milchtrinkers» Mendès-France richtig beurteilen will.

Afrika und Mittelosten Heftig angefochten wird die Regierung Mendès-France auch wegen ihrer Nordafrika-Politik – und hier durchaus mit Recht. In *Marokko* hält ihre Weigerung, den durch einen französischen Gewaltstreich abgesetzten und verbannten Sultan zurückzurufen, die Gemüter dauernd in Unruhe. In *Algerien*, das so lange ruhig gewesen war, nimmt der arabische Nationalismus sichtbar an Kraft zu, nährt er sich doch nicht allein von der Auflehnung gegen die wirtschaftliche Not des Volkes, sondern auch von der politischen Freiheitsbewegung, die die ganze arabische Welt erfaßt hat. Das gleiche gilt von *Tunesien*, obwohl hier die militärische Aktion gegen die aufständischen Fellaghas vorläufig Erfolg gehabt hat. Moralisch und propagandistisch wird die Revolte gegen die französische Kolonialherrschaft in Nordafrika sehr planmäßig von *Ägypten* und Vorderasien her unterstützt. Die ägyptische Revolutionsregierung hat freilich selber genug zu tun, um im eigenen Lande die Reaktion und Gegenrevolution abzuwehren, die sich vor allem in der sogenannten Moslembruderschaft ein gefährliches Werkzeug geschaffen hat. Ein angeblicher oder wirklicher Mordanschlag auf Oberst Nasser, den rücksichtslos durchgreifenden Führer der revolutionär-nationalistischen Bewegung, gab der Regierung den Anlaß, die Moslembruderschaft ihrer Köpfe zu berauben und ihre Organisation zu unterdrücken. Schon vorher wurde General Naguib, der bisherige Staatspräsident und gefährlichste Konkurrent Nassers, endgültig kaltgestellt, obwohl er mit der Moslembruderschaft nichts zu tun gehabt hatte. Er war nur hinreichend verdächtig, den Versuch gemacht zu haben, die alte Parteienherrschaft mit ihrem Scheinparlamentarismus wieder einzuführen und so die Revolution zum Stillstand zu bringen. Wenn diese wirklich siegen soll, dann genügt es freilich nicht, Ägypten auf ähnliche Weise zu modernisieren und zu verwestlichen, wie das Kemal Pascha in der Türkei getan hat; was vor allen Dingen nötig ist, das ist die grundstürzende Änderung der Bodenbesitzverhältnisse und die Herausreißung des Land- und Industrieproletariats aus seinem untermenschlichen Elendsdasein. Ob das auch nur der *Wille* des «Revolutionsrates» unter Nasser ist, noch ganz abgesehen von seiner Kraft, es durchzuführen – das mag vorerst dahingestellt bleiben.

Lassen wir für heute *Südafrika* auf der Seite, wo der greise Dr. Malan als Ministerpräsident durch den womöglich noch brutaleren Rassenfanatiker J. G. Strijdom ersetzt worden ist, und werfen wir lieber gleich noch einen Blick auf den *Mittleren Osten*, wo Irak und Persien zurzeit die Aufmerksamkeit am meisten erregen. *Irak* wird jetzt von Großbritannien besonders lebhaft umworben, da es in der geplanten mittelöstlichen

«Verteidigungsorganisation» – zur Abwehr des Kommunismus – eine Schlüsselstellung einnimmt. Nur sträubt es sich, obwohl ausgesprochener Satellit Englands, zusammen mit Ägypten, Syrien, Libanon und Saudiarabien, die schwer unter einen Hut zu bringen sind, den von Großbritannien gewünschten militärischen Mittelostblock zu bilden, und zöge es vor, sich zunächst einmal dem Bündnis zwischen der Türkei und Pakistan anzuschließen und gleichzeitig seine Bindung an England zu lockern, das auf irakischem Boden große Militärstützpunkte errichtet hat. Von den wirtschaftlichen und sozialen Grundreformen, die allein – wenn überhaupt noch – den Kommunismus aus dem Mittleren Osten fernhalten könnten, ist in Irak keine Rede.

Ebensowenig in *Persien*. Wohl sind gewisse Bodenaufteilungen im Gange, die den Landhunger der Bauern und Pächter beschwichtigen sollen. Der Schah selber geht dabei mit gutem Beispiel voran, hat er doch bei seinem jüngsten Besuch in Amerika angekündigt, er werde aus seinem eigenen Besitz zwei Millionen Hektaren – also 20 000 Quadratkilometer, eine Fläche halb so groß wie die Schweiz – an die Bauern verschenken. Aber das System des Großgrundbesitzes, dieser alte Fluch Persiens, wird durch *solche* Maßnahmen nicht entfernt aus der Welt geschafft; sie sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Selbst ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung», also ein unverdächtiger Zeuge, mußte seinerzeit (in Nr. 658, 1953) feststellen:

«Die ungleichmäßige Verteilung des Grundbesitzes ist eines der ärgsten Übel, an denen Persien leidet. Der größte Teil des Bodens gehört der Krone, religiösen Bruderschaften sowie einer kleinen Anzahl von Privatpersonen. Als Einheit für die Bewertung des Grundbesitzes gilt das Dorf. Ein kleiner Grundeigentümer besitzt einen Teil eines Dorfes, ein großer dagegen vielleicht einige hundert Dörfer. Von den 40 631 Dörfern, die 1930 in Persien gezählt wurden, besaßen die den Boden bearbeitenden Bauern etwa fünf Prozent, der Staat zehn Prozent, Privatpersonen und Bruderschaften den Rest, das sind also 85 Prozent, von denen etwa 20 Prozent in der Hand von Latifundienbesitzern waren.»

Es wäre wirklich kein Wunder, wenn in Persien der Kommunismus eine «staatsgefährliche» Bewegung wäre. Das ist er aber tatsächlich keineswegs; sein Einfluß beschränkt sich auf kleine, ziemlich einflußlose Kreise von Intellektuellen, Arbeitern und Bauern. Die Hunderte von Offizieren, die die Regierung Zahedi in den letzten Wochen verhaften, die Dutzende, die sie hängen ließ, sind jedenfalls bis auf wenige Ausnahmen keine Kommunisten, so wenig wie der schon vorher hingerichtete Ex-Außenminister Fatemi es war, sondern *Nationalisten*, die durch Zahedi erst ihre Stellung bekommen haben, dann aber sich gegen die Wiederverschacherung des iranischen Öls ans Ausland – diesmal an ein von amerikanischem Kapital beherrschtes Konsortium – sowie gegen den Anschluß Persiens an die ebenfalls von Amerika protegierte türkisch-pakistanische Militärallianz auflehnten. Ihr «Kommunismus» war nur ein Vorwand.

Das Ringen in Ostasien Natürlich gibt es bei Anwendung solcher Gewaltmittel in Persien keine Ruhe; die blutige Unterdrückung oppositioneller Bewegungen, seien sie nun dieser oder jener Art, schafft nur neue Unruheherde. Aber die ganze Methode entspricht eben der allgemeinen Einstellung, die für die feudalen Machthaber im Mittleren Osten und ihre ausländischen Verbündeten so bezeichnend ist. Und dasselbe gilt für *Ost- und Südostasien*, diesen besonders aufgewühlten und gefahrenschwangeren Erdteil, nur mit dem Unterschied, daß hier die Revolutionierung der sozialen und politischen Ordnungen schon in vollem Gange ist und damit auch der Kampf gegen den fremden Kapitalismus und Imperialismus. Weit über eine halbe Milliarde Chinesen, Nordkoreaner und Nordvietnamesen bilden, zusammen mit der Sowjetunion, die ja ganz Nordasien einschließt, bereits einen gewaltigen revolutionären Block. Zur «freien Welt» gehören nur Japan (das mehr und mehr auf Nahrungsmittel und Rohstoffe aus dem kommunistischen Festland angewiesen ist), die Philippinen (wo es nur eine gewinngierige, reaktionäre Oberschicht mit den Amerikanern hält), Südkorea (mit Syngman Rhee als typischem Demokraten), Formosa (von dem gleich noch die Rede sein wird), das primitiv-feudale und despotische Pakistan und das korrupte Siam. Die mehr oder weniger neutralen Staaten aber – *Indien, Burma, Ceylon* und *Indonesien* – suchen immer deutlicher Anschluß an die aufsteigende Welt des revolutionären Nationalismus und Sozialismus, besonders an das neue *China*, dem nach Nehru nun auch der Ministerpräsident von Burma, U Nu, soeben einen Staatsbesuch abgestattet hat.

Mit den kommunistischen Ländern Ostasiens verbindet diese eher einem freiheitlichen Sozialismus ergebenen Staaten die gleiche grundsätzliche Einstellung zu den Problemen Asiens, der gleiche Gegensatz zum ausländischen Imperialismus, der gleiche Wille zur Überwindung des Volkselends, zur Modernisierung der Wirtschaft, zu einer neuen Gemeinschaftskultur. Wesentliche Konflikte zwischen den beiden Gruppen bestehen nicht; die einzige Reibungsfläche, an der sich hätte etwelche Feindseligkeit zwischen Indien und China entzünden können – die Frage von Tibet –, ist im April dieses Jahres beseitigt worden; die bekannten «Fünf Grundsätze» einer friedlichen Koexistenz, die jetzt in Asien mehr und mehr Geltung gewinnen, sind zum erstenmal in der Einleitung zum indisch-chinesischen Freundschaftsvertrag niedergelegt worden. Der indische Diplomat und Historiker Panikkar, dessen Buch «Asien und die Herrschaft des Westens» kürzlich in den «Neuen Wegen» von Paul Furrer besprochen wurde (es ist jetzt auch in deutscher Übersetzung im Steinberg-Verlag, Zürich, herausgekommen), darf so in der Neuyorker «Nation» (20. November) mit Recht schreiben:

«Das Ziel der chinesisch-indischen Zusammenarbeit ist, den Friedensraum in Asien zu erweitern und womöglich die neuen Länder Südostasiens der Einbeziehung in die Rivalitäten des Kalten Krieges fernzuhalten. Durch ihre jüngsten gegenseitigen Be-

suche haben es die Ministerpräsidenten Indiens und Chinas hinlänglich klargestellt, daß sie beide an der Erreichung dieses Zieles arbeiten wollen, das die Völker der beiden Staaten als wesentliche Vorbedingung für die baldige Durchführung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung betrachten.»

Gefahr droht dem friedlichen Zusammenleben der ost- und südostasiatischen Nationen zurzeit vor allem an drei Stellen: in *Südvietnam*, wo Frankreichs Einfluß immer mehr schwindet und derjenige Amerikas zunimmt*, in *Südkorea*, dessen Regierung nicht aufhört, mit dem Einmarsch in den Nordstaat zu drohen, und vor allem von *Formosa* her, dem die Vereinigten Staaten in einem Anfang Dezember abgeschlossenen Verteidigungspakt militärische Hilfe gegen jeden Angriff vom chinesischen Festland aus zugesichert haben. In China lehnt man sich gegen dieses nun förmlich festgelegte Protektorat Amerikas über Formosa leidenschaftlich auf und hält daran fest, daß Formosa nach früheren unzweideutigen Erklärungen der amerikanischen Regierung selbst ein Stück Chinas sei, dessen neues Regime das Recht haben müsse, die ihm von Tschiang Kai-schek und seinen amerikanischen Gönnern drohende Gefahr mit Waffengewalt aus der Welt zu schaffen.

Kriegsherd Formosa Daß Formosa als Stützpunkt der Gegenrevolution eine dauernde Gefahr für den Bestand der Chinesischen Volksrepublik ist (so wie das auch ein reaktionäres Südkorea bleibt), sollte eigentlich nicht mehr bestritten werden. Man lese etwa, was ein so scharf antikommunistischer Politiker wie der amerikanische Bundesrichter W. O. *Douglas* in seinem Buch «Nördlich von Malaya» (deutsch soeben im Diana-Verlag, Zürich, erschienen) über das Regime Tschiang Kai-scheks feststellt:

«Tatsache bleibt», so schreibt er, «daß Formosa zwar den demokratischen Glauben bekennt und gegenüber Minderheitsmeinungen weit duldsamer ist als Rotchina, aber dennoch viele Merkmale eines Polizeistaates aufweist. Die Zerschlagung einer ‚großen roten Untergrundbewegung' ist vielleicht nur ein Vorwand, um die politischen Feinde des Generalissimus hinzurichten.

Tschiang Kai-schek regiert mit Hilfe eines kleinen Klüngels. Alle Macht ruht in

---

* Der amerikanische Abgeordnete James Richards, Vorsitzender der außenpolitischen Kommission des Abgeordnetenhauses, der kürzlich eine Informationsreise durch Südostasien gemacht hat, erklärte in Washington am 13. Dezember, Vietnam sei verloren, wenn die Franzosen dort blieben. Die Amerikaner seien allein in der Lage, in Vietnam eine genügend starke antikommunistische Streitmacht zu schaffen. Die Amerikaner, so bemerkt der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Kabel vom 11. Dezember), werden in der Tat «etwa um die Jahreswende dort (in Südvietnam) die Hauptverantwortung übernehmen. Sie werden eine große Anstrengung unternehmen, um Vietnam für die freie Welt zu retten.» Und diese Welt nimmt es als ganz selbstverständlich hin, daß Amerika das gute Recht habe, überall auf dem ganzen Erdenrund mit Waffengewalt einzugreifen, wo es die alte Ordnung – die in Südvietnam besonders feudal-reaktionär ist – gefährdet sieht. Im Interesse der Gegenrevolution darf man eben jedes Land unter militärische Kontrolle nehmen und sogar mit Krieg überziehen; wenn es gegen den Kommunismus geht, ist schlechthin alles erlaubt . . .

ihm; alle politischen Fäden laufen bei ihm zusammen, in zivilen wie in militärischen Dingen. Seine Partei, der Kuomintang, ist jetzt reorganisiert worden, so daß sie die ganze Protektionswirtschaft in Händen hat und alle staatlichen Maßnahmen bestimmen kann. Ihr Arm reicht in jede Schule, in jedes Dorf hinaus.

Als Formosa an China zurückerstattet wurde, richtete der Kuomintang eine blutige Schreckensherrschaft über das Volk auf. Seine Vertreter auf Formosa waren nichts anderes als Freibeuter, die auf Plünderung, Raub und Erpressung ausgingen. Zum Gouverneur der Insel wurde Tschen Yi ernannt. Mit teuflischer Grausamkeit brachte er die freigesinnten, intelligenten Formosaner um, die in der Unabhängigkeitsbewegung gegen die Japaner gestanden hatten. Er ermordete sogar junge Realschüler.

... Von einer Tradition bürgerlicher Freiheitsrechte ist der Kuomintang nicht angekränkelt. Er glaubt weder an die wirtschaftliche noch an die politische Demokratie. Die Reformen, die er verspätet durchführte, wurden ihm großenteils aufgezwungen. Die Bodenreform wurde so lange verzögert infolge des Widerstandes der Grundbesitzer, die den Kuomintang beherrschen ...

... Der Kuomintang vertritt immer noch die materiellen Besitzinteressen, die herrschende Ordnung in Asien. In Asien sind überall Revolutionen im Gange – in Burma, Indien, Pakistan, Malaya, Vietnam, auf den Philippinen. Einige werden von den Kommunisten beherrscht, andere nicht. Aber der Kuomintang würde sie sämtlich als ‚umstürzlerisch' etikettieren. Der Kuomintang hat wohl eine demokratische Fassade; innerlich vertritt er die Opposition gegen jede Neuerung. Was Asien braucht, ist eine Führung für seine Revolutionen. Formosa liefert sie nicht, weder tatsächlich noch symbolisch. Denn der Kuomintang stellt die Vergangenheit dar – und die ist teilweise anständig, vielfach reaktionär, meistens aber hoffnungslos.»

All das gibt zwar China noch nicht das Recht, das gegenrevolutionäre Zentrum, das Formosa ist, durch Krieg zu zerstören. Und wir hoffen sehr, es werde von einem Versuch dazu im Bewußtsein der Verantwortung, die auf ihm liegt und durch den amerikanischen Hilfsvertrag noch verstärkt wird, rechtzeitig Abstand nehmen. Aber noch viel weniger haben die *Vereinigten Staaten* das Recht, um Tschiang Kai-scheks willen China mit Krieg zu überziehen. Douglas warnt denn auch vor einem derartigen Unterfangen mit allem Ernst. «Wenn die Vereinigten Staaten», so gibt er zu bedenken,

«mit Tschiang Kai-schek gemeinsame Sache in einem solchen Abenteuer machten, so stünden wir sofort in einem allgemeinen Krieg mit China. Und nach meiner Auffassung wäre ein Krieg mit China zu diesem Zweck die katastrophalste Politik, die sich denken läßt.

Tschiang Kai-scheks Krieg wäre *unser* Krieg. Gewänne er ihn, so wäre es nur dank amerikanischem Material und amerikanischen Menschenleben. Amerikas Eigeninteresse verlangt aber, daß wir keinerlei derartige Verpflichtung eingehen und uns nicht in eine solche hineinmanövrieren lassen. Verlöre er den Krieg, so wäre das in den Augen Asiens eine amerikanische Niederlage. Überdies wäre das Auftreten amerikanischer Streitkräfte auf dem chinesischen Festland zur Unterstützung Tschiang Kaischeks das Signal, auf das hin sich ganz Asien gegen den Westen zusammenschlösse. Nach Korea gehen, um den Grundsatz der Unabhängigkeit der Völker zu verteidigen, ist *ein* Ding. Ein anderes ist es, amerikanische Menschenleben und Mittel für das Spielerglück eines chinesischen Politikers einzusetzen. Eine Katastrophe wäre es auf jeden Fall. Es müßte aber eine Tragödie werden, wenn seine Sache von vornherein verloren wäre.

Asien braucht Frieden, nicht Krieg. Wie aber ein hervorragender Inder mir sagte: ‚Tschiang Kai-schek ist der einzige Mensch auf der Welt, der wirklich Krieg *braucht*.'

Krieg ist für ihn Lebensbedingung, sonst wird sein Anspruch auf das Festland hinfällig und vergessen. Er braucht die Aussicht auf Krieg, wenn er Formosa zusammenhalten, wenn er die Stimmung seiner Regierung und seiner Armee hochhalten will. Wenn man wüßte, daß die Zukunft Frieden, nicht Krieg im Schoße trägt, so wäre Formosa kein Aufmarschraum mehr. Es würde auf den Rang eines asiatischen Kleinstaates herabsinken, der in der Politik dieses Kontinentes nicht viel zu sagen hätte.»

Der gleichen Meinung ist – ich führe mit Absicht noch einmal einen «loyalen» Amerikaner an – *James P. Warburg*, der wohlbekannte liberale Schriftsteller, der im jüngsten Heft des «Western Political Quarterly» (Band 7, Nr. 3) in einem Aufsatz über «Die Tragödie des Kalten Krieges» dringend davor warnt, «mit dem Gedanken einer vollständigen oder teilweisen Wiederherstellung der asiatischen Vergangenheit zu spielen» – schon mit Rücksicht auf die noch neutralen Länder Asiens und auf die europäischen Bundesgenossen Amerikas. «Es ist nicht nur die Mehrheit der gegenwärtigen Mitglieder der Vereinten Nationen», so schreibt er,

«sondern auch die Mehrheit unserer Verbündeten in der antikommunistischen Koalition, die unsere Unnachgiebigkeit gegenüber der Zulassung von Rotchina (in die UNO) ablehnt. Wenn wir nicht auf die Mehrheitsmeinung einlenken, werden wir ... die antikommunistische Koalition nicht allein in Asien sprengen, sondern in ihrem eigentlichen Kernstück, der Atlantischen Gemeinschaft.»

Ob man in Washington auf solche Stimmen hört? Von einer bejahenden Antwort hängt die Rettung des immer brüchiger werdenden Friedens nicht weniger ab als vom Durchbruch der klaren Einsicht, daß die Wiederherstellung der westdeutschen Wehrmacht früher oder später auch in Europa zum Krieg führen wird. Wir gehen mit großer Sorge ins neue Jahr hinein.

11. Dezember *Hugo Kramer*

Der Leipziger Kirchentag

Vergleiche «Fröhlich in Hoffnung, der Deutsche Evangelische Kirchentag 1954 in Leipzig», gesamtdeutsche Ausgabe, im Auftrage des Kirchentagspräsidiums, herausgegeben von P. H. Giesen, Kreuz-Verlag, Stuttgart.

Nicht nur im «christlichen» Westen, sondern auch mitten in der neuen kommunistischen Ordnung im Osten lebt die Gemeinde trotz mannigfachem Scheitern an ihrer Aufgabe, trotz der Gefährdung des ihr nötigen Raumes durch diese Ordnung selbst wie durch unsere mangelnde Solidarität – dafür ist neben anderen der Leipziger *Kirchentag* ein Zeichen.

Unter dem Fehlen der Kommunikation und der Solidarität leiden die Gemeinden in der DDR trotz dem noch intakten gesamtdeutschen kirchlichen Apparat ganz besonders; der noch bestehende Kontakt ist ja stark kirchenamtlich und theologisch be-